

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 90 Pfg., durch die Post vierteljährlich 2.70 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 117.

Donnerstag, den 9. Oktober 1919.

19. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Der Herr Kommandierende General der 10. Armee gibt bekannt, daß die Verordnung vom 23. 8. d. J. über die Fremden und Flüchtlinge, innerhalb der besetzten Gebiete nicht anzuwenden ist.

Diese Verordnung steht nämlich voraus:

- a. Maßnahmen zum Zwecke der Dauer des Aufenthalts der Fremden in einigen Gemeinden, einzuschränken welche Maßnahmen den alliierten Bürgern schädlich werden können.
- b. Wohnungsrequisitionen für die Flüchtlinge, welche geeignet sind, die von den Offizieren schon getroffenen Schwierigkeiten, im Rheinlande eine Wohnung zu finden, zu vermehren.

Signé: de Jubigny.

Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne)
Le Commandant de Jubigny

Hebung der Valuta.

Die Maßnahmen des Reichsfinanzministers.

Mit der Valutafrage beschäftigte sich eine der Nationalversammlung zugehörige Delegation des Reichsfinanzministeriums. Sie führt über neue Maßnahmen zur Hebung der Valuta aus:

Das erste große Mittel zur Hebung der Valutanot, das einzige, das dauernd helfen kann, lautet: innere Ruhe, innere Ordnung, unermüdliche gezielte Arbeit, strengste Sparsamkeit auf allen Gebieten. Die Ausfuhrung erscheint im Augenblick leider unmöglich. So muß zu Teil- und Ergänzungsmaßnahmen gegriffen werden. Angestrebt wird die bessere Regelung der Ein- und Ausfuhr, namentlich der Exporten, nach den Bedürfnissen unseres Landes, insbesondere die Wiederherstellung der Zollgrenze im Westen. Schritte dazu sind eingeleitet. Mit der Wiederherstellung der Zollgrenze muß auch die Zollabfertigung wirksam gestaltet werden. Angepaßt werden muß die Preispolitik unseres Ausfuhrhandels an die Bedürfnisse des Landes. Umso mehr, als der heutige Export zum Teil kein natürlicher, sondern infolge der Wertberhöhung der ausländischen Valuta ein Ausverkauf ist, der die Verarmung der inneren Wirtschaft als drohende Gefahr erscheinen läßt. Die Preisprüfungen werden auch dafür zu sorgen haben, daß die Preise erzielt werden, die unseren ausländischen Konkurrenten gegenüber zu erzielen sind. Unbedingt erforderlich ist, daß alle Finanzgeschäfte der Reichs- und Landesbehörden im Verkehr mit dem Ausland ihre vollständige Zusammensetzung beim Reichsfinanzministerium erfahren, dessen Kontrolle sich auch die Gemeinden für ihre ausländischen Finanzoperationen zu unterwerfen haben.

Nutzen würde es versprechen, wenn die Leiter der Reichsbank und unserer Privatbanken rege Fühlung mit der Finanzwelt des neutralen Auslandes nähmen. Zu prüfen bliebe dabei, ob angesichts des gemeinsamen Interesses aller Länder an einer größeren Stabilisierung aller Valuten der Boden für eine internationale Konferenz geebnet werden könnte, die insbesondere die Frage einer großen internationalen Anleihe zugunsten der Länder mit entwerteter Valuta zu lösen hätte. Wichtig ist die Regelung der schwebenden und die Eröffnung neuer Valutakredite.

Unsere Industrie schreit nach Rohstoffen. Es muß gelingen, sie auf Kredit oder gegen besondere Zahlungsvereinigungen zu beschaffen. Alles kommt hier darauf an, daß das geschwundene Vertrauen des Auslandes in unsere Arbeits- und Zahlungsfähigkeit zurückkehrt. Die Vorbedingungen dafür sind geregelte innerpolitische Verhältnisse und anhaltende Arbeit. Innerpolitisch ist endlich, daß der valutaschädigende Kapital- und Steuerflucht ein Ende bereitet werde. Der Durchführung der vorbereiteten Steuern und Abgaben und etwa noch zu beschließender Maßnahmen wird alsdann vorbehalten sein, die zu außerordentlicher Höhe angewachsene schwebende Reichsschuld wo nicht zu verringern, so doch erheblich zu vermindern und dadurch die Finanzen des Reiches wie den Status der Reichsbank erheblich zu kräftigen.

Die obereschlesische Frage.

Sofortige Bildung einer selbständigen Provinz Oberschlesien.

Die Beratung von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden mit den Vertretern Oberschlesiens über die obereschlesische Frage haben zu dem Ergebnis geführt, daß die sofortige Bildung einer selbständigen Provinz Oberschlesien als gesichert angenommen werden kann. Bei den Verhandlungen ist eine völlige Einklang erzielt worden. Die Vertreter Oberschlesiens

haben sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden gegeben und erklärt, daß sie alle weitergehenden Wünsche auf Verteilung der staatlichen Autonomie zurückstellen wollen.

Amlich wird über das Ergebnis der Verhandlungen berichtet: Den Vorsitz führte Ministerpräsident Hirth. Minister des Innern Heine erklärte sich im Namen der preussischen Regierung damit einverstanden, daß dem Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Oppeln, Geh. Justizrat Bitter sofort die Geschäfte des Oberpräsidenten der zu bildenden Provinz Oberschlesien übertragen werden. Der neue Oberpräsident wird sogleich nach Annahme des Gesetzes über die Errichtung der Provinz Oberschlesien durch die preussische Landesversammlung die politischen Funktionen seines Amtes übernehmen, während die kommunale Verwaltung der neuen Provinz erst mit dem 1. April 1920 selbstständig geführt werden könne. Dem Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien soll ein Beirat zur Seite gestellt werden, in dem nach einer besonderen Zustimmung des Ministerpräsidenten auch ein Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei vertreten sein soll.

Nach längerer Aussprache gab Vizepräsident Dr. Forst im Namen der Zentrumsfraktion der preussischen Landesregierung folgende Erklärung ab:

Bis über das Schicksal Oberschlesiens durch die Abstimmung endgültig entschieden wird, stellt sich die Zentrumsfraktion der preussischen Landesversammlung auf folgenden Standpunkt und fordert ihre Gesinnungsgenossen auf, bis dahin denselben Standpunkt einzunehmen:

1. Das Zentrum ist mit der Provinzialautonomie zufrieden.
2. In dem Gesetz über die provinzielle Autonomie verlangt das Zentrum keine Vorrechte gegenüber anderen Provinzen.
3. Eine etwaige Propaganda für staatliche Autonomie wird bis dahin eingestellt.

Reichsminister des Auswärtigen Müller gab danach seiner Freude über die erfolgte Einigung Ausdruck und über die Tatsache, daß der Streit über Oberschlesien nun ruhen würde. Zum Schluß wies Ministerpräsident Hirth darauf hin, daß in der Behandlung der obereschlesischen Frage zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung niemals sachliche Unstimmigkeiten bestanden hätten.

Die italienische Kammer aufgelöst.

Neuwahlen am 10. November.

Die italienische Deputiertenkammer ist aufgelöst worden. Die Wahlen wurden zum 10. November ausgeschrieben. Senat und Kammer werden am 1. Dezember zusammentreten. Die Auflösung der Kammer findet in der Presse vorerst wenig ernstlichen Widerspruch. Jemande Umlagerungen im Kabinett sind vorläufig nicht zu erwarten.

Die Deputiertenkammer zum Auflösungsdekret weist darauf hin, daß angesichts des parlamentarischen Widerworts die deutschen und deutsch-österreichischen Friedensverträge bis zum 26. Oktober (der Schlußtermin der Legislatur) nicht einmal teilweise unter Dach und Fach gekommen sein würden. Wenn es nötig wäre, würde das Ministerium den König ersuchen, die Verträge durch ein königliches Dekret zu ratifizieren.

Nach der nur mit einer geringen Mehrheit von sechzig Stimmen erfolgten Vertrauensfrage für die italienische Regierung wegen ihrer Haltung in der Fiumefrage, war die Auflösung der Kammer voranzuführen. Ein Rücktritt des Kabinetts wäre eine schlechte Antwort auf das Vertrauensvotum gewesen. Er hätte auch, da die Kabinettsbildung, namentlich bei der Unentschiedenheit Tittonis in Paris, auf große Schwierigkeiten gestoßen wäre, die Lage des Landes nicht verbessert. So erwies sich die Kammerauflösung als der geeignete Weg, um Zeit zu gewinnen, und die Verhandlungen sowohl mit D'Annunzio als den Alliierten fortzusetzen, ehe ein festes Programm aufgestellt zu werden braucht. Andererseits gewinnen die Neuwahlen unter der ausschließlichen Parole der Fiumefrage den Charakter der Volksabstimmung über die brennende Angelegenheit und können dazu dienen, der kommenden Regierung nach allen Seiten hin den Rücken zu stärken.

Politische Rundschau.

Oktober 1919.

In Begleitung eines französischen Offiziers haben sechs deutsche Abgeordnete Versailles verlassen, um die vernünftigen Besenden von Solferino und Reims zu be-

suchen und sich über die Schäden und Wiedergutmachungen zu unterrichten.

Im Reichsministerium des Innern findet vom 20. bis 22. Oktober eine Reichsschulkonferenz statt. An dieser Konferenz werden die Kultusminister sämtlicher Gliedstaaten, der deutsche Städtetag der Reichsstadtebund und der Verband der größeren deutschen Landgemeinden vertreten sein.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung wählte den Abg. Scheidemann wieder zu ihrem Vorsitzenden.

Das Mitglied der demokratischen Fraktion der deutschen Nationalversammlung und Oberbürgermeister von Kassel, Dr. Koch, ist mit 44 von 84 Stimmen zum Bürgermeister von Düsseldorf gewählt worden.

Gegen den Parteisekretär der Unabhängigen, Redakteur Thomas, ist ein Verfahren wegen Hochverrats in München eingeleitet worden.

Die Fortschreitende Räumung des Baltikums. Die Räumung des Baltikums schreitet fort. Ein Jägerbataillon und eine Eskadron sind nach Deutschland abtransportiert worden. Russische Truppen haben in Kurland die Sicherung gegen Riga übernommen und die Deutschen abgelöst. In den letzten Nächten fanden zwischen russischen und russischen Truppen Patrouillengefechte statt. In Mitau hat sich eine lokale Selbstverwaltung gebildet, die sich unter russischer Oberhoheit gestellt hat. Die der „Berliner Volksanzeiger“ berichtet, haben sich einige der deutschen Truppenteile, die aus Kurland jetzt abtransportiert werden sollen, als russische Truppen erklärt und dem russischen Oberkommando zur Verfügung gestellt.

Das Ende der preussischen Armee. Mit dem 30. September haben sich die Verbände der alten preussischen Armee aufgelöst und sind als Neubildungen in die Reichswehr übergegangen. Diese Umgestaltung bedeutet, wie der frühere preussische Kriegsminister und heutige Chef der Reichswehrbefehlsstelle Preußen Oberst Reinhardt in einem letzten Aufruf an die preussische Armee mit Recht hervorhebt, für die letzten und ehemaligen Angehörigen der preussischen Armee den Abschied von vielen teuren Erinnerungen und hohen Werten der Vergangenheit, sie bedeutet aber gleichzeitig den Anfang einer neuen Entwicklung, deren Träger das Große und Gute, was die vorangegangenen Geschlechter uns überliefert, als Erbe zu verwalten und zu verwerten haben.

Die Auflösung der diplomatischen Vertretungen der Einzelstaaten. Am 27. September ist in München von Vertretern des Reiches und Bayerns der Vertrag unterzeichnet worden, wonach das Reich sofort den gesamten diplomatischen Apparat des ehemaligen Königreichs Bayern übernimmt. Die ehemaligen bayerischen Gesandtschaften im Ausland gehen nach der Reichsverfassung bekanntlich ein und werden durch die Gesandtschaften des Reiches ersetzt. Da es in Zukunft keinen bayerischen Gesandten beim Vatikan mehr geben wird, so muß auch die Münchener Konzistorialkanzlei fortfallen. Eine grundsätzliche Entscheidung ist in diesem Sinne erfolgt, doch soll einstweilen die Konzistorialkanzlei in München verbleiben, bis auch der Vatikan zu der neuen Ordnung Stellung genommen hat. Dem Beispiels Bayerns werden die übrigen Gliedstaaten demnächst folgen.

Rundschau im Ausland.

Das Österreichische Bureau meldet aus Paris, daß der Oberste Rat beschlossen hat, darauf zu bestehen, daß Deutschland den Erlös aus dem Verkauf des Luftschiffmaterials an die neutralen Länder ausschüttele.

Frankreich: Deutschlands Entwaflnung.

Die Friedenskommission der französischen Kammer hat endgültig folgenden Wortlaut des Vorschlages, der in ihrem Namen der Kammer unterbreitet werden wird, angenommen. Die Kammer ladet die Regierung ein, sich mit den alliierten und assoziierten Mächten hinsichtlich der Durchführung aller Maßnahmen zu verständigen, die die Entwaflnung Deutschlands und seiner Alliierten wirksam gestalten durch das Verbot gewisser Kriegsfabrikationen und durch Erfassung aller übrigen als notwendig erachteten Bestimmungen.

Die französische Kammer entschied sich auf Verlangen Clemenceaus mit 262 gegen 188 Stimmen für den Aufschub der Verhandlungen über die völlige Entwaflnung Deutschlands.

Frankreich: Clemenceau vor dem Rücktritt.

Dem Ministerium Clemenceau droht, Pariser Blättermeldungen zufolge, eine neue Gefahr. Ueber die Notwendigkeit der Ratifizierung des Friedensvertrages ist man zurzeit allgemein einig, aber man will alsbald nachher durch eine Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung den Sturz Clemenceaus und die Bildung eines Ministeriums der „großen republikanischen Konzentration“ herbeiführen. Man nennt Leon Bourgeois als einen Ministerpräsidenten, der durchaus im Stande wäre, eine Reihe von Verhältnissen verschiedener Richtung wie Barthou

Viviani, Briand, Doumergue usw. um sich zu vereinigen. Auch in den Verhandlungen der Kammer ist viel von dem bevorstehenden Rücktritt Clemenceaus die Rede, doch erfährt man freilich, daß Clemenceau nach den Wahlen freiwillig zurücktreten wolle. Das hat man auch schon früher erzählt, aber man fügt jetzt hinzu, daß Clemenceau selbst seinen Nachfolger der Kammer bezeichnen wolle, und zwar sei es Viviani. Nach seinem Rücktritt wolle dann Clemenceau mit Marshall noch eine Reise nach den Vereinigten Staaten unternehmen.

England: Der englische Eisenbahnerstreik vor dem Winterschluss.

Das Reutersche Bureau meldet aus London, daß der Eisenbahnerstreik wegen der Neigungen eines Teils der Streikenden, zur Arbeit zurückzukehren, die Streikposten auf dem Mittelbahnstrecke in London und zahlreichen Bahnstrecken in der Provinz verdoppelt hat. 75 Prozent der Lokomotivführer auf der Südostbahn sollen angeboten haben, die Arbeit wieder aufzunehmen. Auf den Hauptlinien in Schottland ist bereits ein beschränkter Dienst eingerichtet worden. Eine beträchtliche Zahl von Lokomotivführern und anderen Bahnangestellten hat die Arbeit wieder aufgenommen. Die allgemeine Lage bessert sich. Die Regierungsmaßnahmen haben ein befriedigendes Ergebnis. Die Lebensmittelpreise gehen glatt von staten. Es laufen noch immer Angebote von freiwilligen Hilfskräften ein.

Rußland: Rücktritt der Sowjet-Regierung?

Das Pressebureau Radio meldet aus Moskau, daß in Washington amtliche Nachrichten eingetroffen sind, nach denen die russische Sowjetregierung bereit wäre, Friedensverhandlungen unter folgenden Bedingungen einzuleiten: Abdankung der Sowjetregierung, Einstellung der Hinrichtungen, Abschaffung des Terrors und Erteilung eines Freispruchs für zwölf Bolschewistenführer, darunter Lenin, Trotzki und Sinowjew, die sich nach Südamerika begeben wollen. Dieser Vorschlag der Bolschewisten sollte den französischen und amerikanischen Diplomaten in einem neutralen Lande übermittelt werden. — Die Meldung des nicht immer zuverlässigen Bureaus Radio ist mit einiger Vorsicht aufzunehmen.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, den 1. Oktober 1919.

Lehrungszulage und Beschäftigungsbeihilfe für die preussischen Beamten.

Die Denkschrift über die Gewährung einer neuen einmaligen Lehrungszulage an unmittelbare Staatsbeamte und der in erster Beratung auf der Tagesordnung stehende Gesetzentwurf über die Vereinfachung von Geldmitteln zur Bedienung für eine den unmittelbaren Staatsbeamten, Volksschullehrern, sowie den im Staatsdienst beschäftigten Lohnangestellten höherer Ordnung und Lohnempfängern zu gewährenden einmaligen Beschäftigungsbeihilfe, wurden ohne Beratung sofort dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen.

Hierauf begründete Abg. Fritsch (Soz.) seine förmliche Anfrage über die Kohlennot im Leinengewerbe. Der Volkswirtschaft gehen ungeheure Werte verloren, weil die vorhandenen Kohlenvorräte nicht bearbeitet werden können. 100—120 000 Arbeiter der Leinenindustrie sind zum Feiern gezwungen. Wenn die Regierung nicht Kohlen beschafft, müssen diese Arbeiter aus staatlichen Mitteln unterstützt werden.

Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß die Verteilungsstelle durch den Kohlenkommissar besonders auf die Kohlenbedürfnisse hingewiesen worden sei. Nach einer kurzen Besprechung der Anfrage setzte das Haus die Beratung des Haushalts des Finanzministeriums fort.

Abg. Cunow (Soz.): Das jetzt beabsichtigte Notopfer geht uns lange nicht weit genug. Die Fabrikanten empfinden es lediglich als eine Betriebssteuer und werden versuchen, es auf die Konsumenten abzuwälzen. (Sehr richtig links.)

Abg. Schmieding (Str.): Wir wünschen, daß Preußen ebenso wie das Reich Zahlungen in Staatspapieren zuläßt. Das wird den Kurs der Papiere heben.

Die folgenden Redner Abg. Höfler (Dem.) und Abg. Meyer-Herford (D. Bp.) vertraten in der Hauptsache Beamtenwünsche. Hierauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Wer Gesbäfte machen will, muß inferieren.

Jolanda und Salomea.

Roman von Erich Friesen.

27. Fortsetzung.

Trotzdem — sie verlangt nicht fort aus der stürmischen Umarmung. Im Gegenteil. Ganz zärtlich schlingt sie beide Armen um den Nacken des rauhen Mannes und wühlt das Köpfchen hinein in den struppigen Bart.

Jetzt ist es Ninella vollkommen klar, daß mit diesem „Onkel“ das Glück in das Haus ihrer Herrschaft einzieht.

So erzählt sie unangefordert, Frau Belloni sei mit ihrem Sohn, der sehr krank war, zur Erholung an der See. Übermorgen nachmittags kam sie aber wieder. Und sie wohnen draußen vor der Porta del Popolo Via Flaminia Nr. 85, fünf Treppen hoch.

„Fünf Treppen hoch? Nicht in einem Palazzo?“ fragt der Fremde verwundert.

Ninella reißt die Augen weit auf. „In einem Palazzo? Der Mann muß verrückt sein!“

„Wo lebt die Mutter der Frau Belloni, die Marchesa Salomea Bonmartino?“ fährt er erneut fort, da auf seine erste Frage keine Antwort erfolgt.

„Marchesa Bonmartino?“ wiederholt Ninella lachend, das erste Wort besonders betonend. „Ich weiß nichts von einer Marchesa. Bonmartino — ja. Aber Marchesa? Ach, das weiß ich nicht. Außerdem, die Mutter von Frau Belloni ist lange tot. Ich hörte mal davon reden.“

„Tot! Tot!“

Wieder legt sich ein Schatten auf das feiste, gesundheitsstrotzende Gesicht des Mannes. Eine Träne glänzt in seinem Auge.

Das ist zu viel für Angelinas weiches Herzchen. Schmelzend blickt sie mit ihren biden Händchen auf dem Gesicht des Mannes herum.

„Nicht weinen! Nicht weinen, Onkel! Mama wird dich sehr lieb haben! Und Angelina auch! Und Rinaldo! Und — wir alle!“

Wie auch einem Traum erwachend, fährt der Mann sich

Die Nationalversammlung.

— 1. Oktober.

Das Tumultschädengesetz.

Die Nationalversammlung setzte heute die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über den Ersatz für die durch innere Unruhen entstandenen Schäden fort. Die Regierungsvorlage sieht eine Drittelung der durch innere Unruhen fällig werdenden Entschädigungspflichten in der Weise vor, daß Reich, Staat und Gemeinde gleichmäßig die Kosten tragen. Fast alle zu Worte kommenden Parteiredner wandten sich gegen die Ungerechtigkeit, die darin liegt, die Gemeinden für Tumultschäden, z. B. spartakistischer Natur, mithaftbar zu machen.

Gegen die Stadt Berlin sind z. B. bisher nicht weniger als 15 534 Entschädigungsansprüche geltend gemacht worden. Die Vorlage wurde schließlich an einen Ausschuß von 21 Mitgliedern verwiesen.

Die Salutafrage.

Auf der Tagesordnung stand alsdann die Interpellation der Deutschen Volkspartei über den Tiefstand der deutschen Saluta.

Abg. Dr. Hugo (D. Bp.) begründete die Interpellation. Die Wareneinfuhr bei uns vollziehe sich jetzt ohne Kontrolle. Die Folge sei, daß große Summen ins Ausland fließen und Waren dafür herein kommen, die Lugsartikel darstellen. Die Regierung müsse dieser wilden Entwicklung entgegenwirken. Wenn wir mit den nötigen Rohmaterialien versorgt würden, könnten wir eine der ausländischen durchaus gleichwertige Ware liefern. Das gilt vom Tabak ebenso wie von der Schokolade und anderen Süßigkeiten.

Den letzten Stoß habe unsere Saluta durch die Politik des Reichsfinanzministers erlitten. Wenn ein Finanzminister öffentlich von der Möglichkeit eines Staatsbankrotts spreche, so wirke das verunsichernd und verheerend. (Unruhe im Zentrum.) Der Salutasturz, den diese Politik hervorgerufen habe, betrage nicht weniger als 35 Prozent. Es müßte unter der jetzigen parlamentarischen Regierung möglich sein, solche Minister zur Verantwortung zu ziehen. Wie sei es möglich, daß ein Minister am Ruder sein könne, der — gelinde ausgedrückt — solche Irrtümer begehe? (Geheißte Unruhe im Zentrum.) Man könne kein Vertrauen zur Regierung haben, wenn Männer darin seien, die sich solche Irrtümer zu Schulden kommen lassen, wie der Finanzminister. Unter Erzberger wird das Vertrauen des Auslandes für Deutschland nicht wieder erstarken.

Die Arbeitslosenunterstützung dürfe nicht zum Schlupfwinkel für Elemente werden, die während in den Wirtschaftsprozess eingreifen. Ebenso sei die Rückkehr zur Affordarbeit zu fordern.

Reichsfinanzminister Erzberger nahm sofort das Wort zur Beantwortung der Interpellation. Diese Begründung sei eine Enttäuschung gewesen, denn sie habe nicht ein einziges neues Mittel angegeben. Die Vorwürfe des Vorredners bezeichnete der Minister als unbegründet. Eine Notenabstimmung sei nie beabsichtigt gewesen, nur ein Notenumtausch zur Verhinderung der Kapitalflucht. Es sei höchste Zeit für eine solche Maßnahme gewesen. Nur unüberwindbare technische Hindernisse haben die Ausführung verhindert. Es sei unerhört, zu behaupten, daß diese Wände einen Kurssturz um 35 Prozent verursacht hätten. Die Verschlechterung der Saluta sei auf ganz andere Momente zurückzuführen, und der Sturz sei nach Aufhebung des Umtausches viel größer gewesen als vorher. Angefichts der Uberschwemmung des Auslandes mit deutschem Papiergeld war das auch nicht verwunderlich. Der Sinn der ganzen hughofischen Rede, so fuhr der Minister fort, war: Erzberger muß weg, dann wird die Saluta besser. (Sehr richtig rechts.)

Das Ausland hat angeblich kein Vertrauen zu mir. (Sehr richtig! rechts.) Demgegenüber kann ich die erfreuliche Mitteilung machen, daß gestern mein Vertreter in Holland einen großen Saluta-Kredit abgeschlossen hat, und daß weitere Abschlüsse in der Schwebe sind. (Hört! hört! links und im Zentrum.) Das Ausland kennt uns, es weiß, daß der Aufschwung sich bei uns nur langsam abzeichnen kann, und daher kann sich auch die Saluta nur langsam bessern.

über die Eltern. Noch einen herzhaften Kuß drückt er auf Angelinas ihm willig dargelegtes Köpfchen.

Dann läßt er mit kurzen Worten: „Übermorgen Abend komme ich zu euch!“ ein blankes Goldstück in Ninellas braune Hand gleiten und ist gleich darauf, ohne auch nur noch einen Blick auf das schwarzäugige Baby im Kinderwagen geworfen zu haben, im Menschengewühl verschwunden.

Noch niemals in ihrem ganzen Leben sind Ninella die Tage so langsam dahingeflogen, wie jetzt bis zur Rückkehr ihrer Herrin. Sie, die sonst von einer peinlichen Gewissenhaftigkeit — sie läßt jetzt die Milch überkochen, die Macaroni andern, das Feuer ausgehen.

Das Geheimnis, das große Geheimnis, von dem sie als sicher annimmt, daß es das Glück ihrer Herrschaft ausmacht — es brüht ihr fast das Herz ab.

Zwar könnte sie schon Carlo Belloni von ihrer Neugier in Kenntnis setzen; aber der Maler benutzt die Abwesenheit seiner Frau, um sein großes Gemälde fertigzustellen, und kommt immer erst abends noch Dunkelwerden aus dem Atelier nach Hause.

Außerdem — in Ninellas Augen geht die ganze Geschichte ihren „Herrn“ gar nicht an, nur ihre „Frau“, und so schweigt sie, so schwer es ihr auch wird.

Ja, mehr noch. Sie hat Angelina befohlen, nichts dem Papa zu sagen. Wenn die Mama zurückgekehrt sei, werde der gute Onkel sich schon melden.

Wißt daher beunruhigt Ninella jede Viertelstunde ihr Goldstück, das sie sorgfältig in ein Leinwandtäschchen eingeknäht hat und an einem Band um den Hals trägt. Das brave Mädchen hat noch kaum je ein Goldstück zu Gesicht bekommen. Um wieviel weniger eines besitzen.

In ihren Augen ist der rothaarige Fremde ein Märchenprinz der sie alle demnächst holen wird in sein Zauberreich.

Endlich, endlich ist die Stunde da, in der Frau Belloni erwartet wird.

Mit hochroten Wangen und fliegenden Pulsen macht Ninella den Teetisch zurecht. Sie legt die beste Decke auf, die einzige noch nicht gestopfte und ausgefranst, mit einer Prise Tee mehr als sonst in den porzellanernen Teetopf, und an-

... magre mag nur schnelle Verabschiedung des Reichsnotopfers sorgen, dann wird auch die Saluta sich heben. Die Arbeitslosenunterstützung wird abgebaut werden. Aber jetzt vor einem harten Winter ist ihre gänzliche Beseitigung unmöglich. Wohl aber wird noch in diesem Jahre der Nationalversammlung eine Vorlage auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung zugehen. Die Affordarbeit wird in steigendem Maße eingeführt und wird in den Reichsbetrieben bereits mit gutem Erfolge b. folgt.

Wir sind arm geworden. Ausländische Wertpapiere haben wir nicht mehr, und den größten Teil unseres Goldes haben wir ebenfalls abgeben müssen. Da mußte der Markkurs sinken. Wir können nur mit Waren bezahlen oder langfristige Kredite nehmen. Das muß in Deutschland geschehen werden. Rohstoffe haben wir soviel eingeführt, wie wir bezahlen konnten. Gätten wir noch mehr Rohstoffe gekauft, so wäre die Saluta noch weiter gesunken.

Das deutsche Volk vertrinkt täglich für drei Millionen Mark Kaffee. (Hört! hört!) Einen solchen Luxus können wir uns jetzt nicht leisten. (Zustimmung.) Bleibt die Einfuhr für Kaffee offen, so werden bald 5 bis 6 Millionen täglich für Kaffee in das Ausland wandern. Das muß ja verunsichernd wirken. Nur die absolut notwendigen Mengen dürfen herein. Man kann der Regierung nicht vorwerfen, daß sie in diesen Fragen zu wenig nachgedacht hätte. Man hat nur zu sagen, daß sie zu wenig nachgedacht hat. (Sehr richtig bei den Soz.)

Vor der Ratifizierung des Friedens ist es unmöglich, größere Anleihen im Ausland zu erhalten. Der einzige Geldgeber, der heute möglich ist, sind die Vereinigten Staaten. Vor deren Türen warten aber auch die bisherigen Verbündeten Amerikas auf Hilfe. Mit Phantasien, daß wir ohne weiteres dort Anleihen erhalten, läßt sich keine Politik machen.

Die Frage der Saluta ist international geworden.

Vermöge ihres Hochstandes in dem einen und des Tiefstandes in dem anderen Lande verhungert das eine, während das andere im Fett erstickt. So wird die Salutafrage nur durch internationale Abkommen gelöst werden können. Die einleitenden Schritte haben wir aber bereits getan. Bedauerlicherweise verkauft die deutsche Industrie nach dem Auslande viel zu billig, weit unter dem Weltmarktpreise.

Die Saluta kann aber auch nicht gefunden werden, wenn die Kapital- und Steuerflucht so weitergeht, wie in den letzten Monaten. Gegen diese Flucht des Kapitals wird mit aller Schärfe des Gesetzes vorgegangen werden. Eine zweite Vorbedingung, und zwar für eine dauernde Besserung der Saluta, würde die Ordnung im Etat bedeuten. Verabschieden wir noch in diesem Jahr einen solchen Etat, dann haben wir das mächtigste Mittel für eine dauernde Gesundung unserer Finanzlage.

Die Schwierigkeit der Kohlenfrage liegt im Transport. Auch hier beabsichtigt die Regierung, tiefgreifende Maßnahmen, vielleicht sogar die Einstellung des Personenverkehrs auf bestimmte Zeit. (Beifall.)

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.) wendet sich gegen das Verlangen des Abg. Dr. Hugo nach weiterer Aufhebung der Zwangswirtschaft. Wir haben die verhängnisvollen Folgen bei Hafer, Leder usw. erlebt. Die Notlage ist eine Welterscheinung; wenn auch langsam, so doch ununterbrochen, steigt die Arbeit des deutschen Volkes.

Abg. G. Othlein (Dem.): Eine dauernde Besserung der Saluta ist solange nicht möglich, solange die Preise auf dem inneren deutschen Markt nicht den Weltmarktpreisen gleichgebracht sind. Wir sind tatsächlich das billigste Land der Welt. Ohne eine Verstopfung des Loches im Westen ist eine Plankwirtschaft bei uns unmöglich.

Wenn wir nicht bald mit der Zwangswirtschaft brechen, wird es einen Miesenbruch geben.

Reichsfinanzminister Erzberger: Solange die Entente uns nicht zum Herrn unserer Westgrenze macht, solange ist eine Besserung unseres Wirtschaftslebens nicht möglich. Die Verhältnisse sind unhaltbar geworden. Eine sofortige Annäherung des innerdeutschen Preises an die Weltmarktpreise ist nicht möglich. Das

rangiert Tassen, Milchkannen, Brotförmchen und Butterbehälter so geordnet, wie es nur irgend geht. Sogar ein Wasserglas mit Petrusfalte und Kresse, die in einem Holzfaß am Küchenschrank zum Hausbedarf gezogen werden, prangt in den Mitte der festlichen Tafel — in Ermangelung eines würdigen Blumenstraußes.

Alle zwei Minuten springt sie ans Fenster, um auf die Straße hinunterzuspähen.

Endlich rumpelt brummen eine wackelige Droschke heran. Carlo Belloni hilft seiner Frau heraus und seinem Sohnen, das zwar noch bleich und mager aussieht, sich aber doch glücklich erholt hat.

Ninella stürzt die Treppen hinab, ergreift die beiden Handtaschen und rennt wieder hinauf. Alles an ihr stäubt vor Erwartung. Was wird sie sagen, die verehrte Herrin, wenn —

Bald darauf sitzt die Familie vollzählig um den Teetisch herum.

Carlo Belloni strahlt. Und die Gesichter seiner Kinder strahlen. Selbst über Salomeas ernste Züge huscht etwas wie ein frohes Lächeln.

Wie ein Jervisch setzt Ninella hin und her. Sie horcht beständig nach außen, ob die Glocke sich noch nicht meldet. Als ihr sinniger Blumenschmuck allgemeine Anerkennung findet, denkt sie bei sich:

O, wenn sie wüßten, was er bedeutet! Wenn sie wüßten!

Stunde um Stunde verrinnt.

Carlo Belloni hat sich wieder in sein Atelier begeben. Salomea brachte soeben Klein-Marietta zu Bett und ist jetzt dabei, ihre beiden Handlöffel auszuspülen, als sie erschrocken zusammenfährt.

Mit ungewohnter Festigkeit zieht draußen jemand an der Glocke.

„Der Onkel! Der Onkel!“ jubelt Angelina, ihre Puppe auf die Erde werfend.

„Was für ein Onkel?“ fragt Salomea verwundert.

Pfiffig legt die Kleine den Finger auf den Mund.

Fortsetzung folgt.

warde eine vier- bis fünffache Verteuerung bedeuten. Reichswirtschaftsminister Schmidt: Die Ursache der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse liegen vor allem in dem Mangel an einem Warenverkehr und an der großen Verschwendung. Wir werden aber allmählich zu einer Besserung kommen.

Abg. Schiele (D. natl.): Unsere wirtschaftliche Lage ist jämmerlich. Die Erklärungen der Minister haben wenig zur Besserung beigetragen. Es machen sich gefährliche Irrtümer breit. Es herrscht ein unberechtigter wirtschaftlicher Optimismus. Die Hauptschuld an den Verhältnissen trägt die Ueberschwenkung mit Waren aus dem Westen. Die Entschuldigungs-politik des Herrn Erzberger hat im Auslande außerordentlich ungünstig gewirkt.

Abg. Holz (Str.): Wäre Herr Erzberger schuld an den mangelhaften Verhältnissen, dann wären wir die Leuten, die ihn halten würden. Die Ursachen liegen aber ganz wo anders.

Donnerstag 1 Uhr: Weiterberatung, demokratische Interpellation über Klein-Wohnungsbau. Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Kusselste Spartakusversammlungen. Die Kommunistische Partei (Spartakusbund) hatte für Dienstagabend in Groß-Berlin 30 Versammlungen einberufen. Die Einberufer hatten zum Nachmittage an den gleichen Orten, wo die Abendversammlungen stattfinden sollten Arbeitslosenversammlungen einberufen und vorfristigmäßig angemeldet. Diese Versammlungen vertagten sie, um diese dann abends um 7 Uhr unter falscher Flagge wieder zu eröffnen. Die neu geschaffene Sicherheitspolizei und die mit ihr zusammen arbeitenden Truppen ließen sich indessen nicht täuschen. An allen Stellen fielen die Versammlungen zur großen Enttäuschung der anwesenden Kommunisten der Auflösung anheim.

Gewalttätigkeiten gegen Arbeitswillige. Im Geestemünder Hafen sind von Mitgliedern des Seemannsbundes Ausschreitungen gegen die fahrbereiten Schiffbesatzungen verübt worden. Anmusternde Leute wurden blutig geschlagen. An mehreren Stellen wurden arbeitswillige Seeleute von 40 bis 50 Mann starken Trupps mißhandelt. Teilweise sprangen die umherziehenden auf Dampfer und versuchten durch Ueberredung und mit Gewalt, arbeitswillige Seeleute von Bord zu holen. Auf dem Fischdampfer „Kire“ wurde durch eine Anzahl junger Burschen sämtliches Inventar in den Schiffsraum hinausgeschleudert, in dem sich mehrere Seeleute aufhielten, die mit knapper Not dem Tode entgingen. Bei der Verfolgung dieser Burschen wurden Polizeibeamte angegriffen. Da die wenigen Schutzleute der Menge nicht gewachsen waren, wurde ein Zug der Feuerwehr alarmiert. Auf dem Handelsflaßgebiet wurde ein auslandender Fischdampfer überfallen. Reum Dampfer sind im Laufe des Tages ausgefahren. Somit sind seit Beginn des Streiks 26 Fischdampfer in See gegangen.

Ein Heimkehrerzug verunglückt. Mittwoch in den frühen Morgenstunden ist ein Heimkehrerzug, von Taubertshausen an der Tauber nach der Aufstellungstation Cordoba bei Leipzig bestimmt, bei Rannenburg an der Saale auf einen Eiszug aufgefahnen, wobei acht Personen schwer verletzt wurden.

Ein Reichskommissar unter der Auflage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Wegen Reichskommissar Sebering wurde ein Strafverfahren anhängig gemacht. Jüngsten ihm und einem Schutzmann in Bielefeld (Westfalen) war es bei einer Autokontrolle durch den letzteren zu Differenzen gekommen, die dazu führten, daß Sebering dem Schutzmann, der ihn nicht kannte, gewaltsam die Papiere seines Chauffeurs entriß. Der Schutzmann verhaftete daraufhin Sebering und machte eine Anzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt.

Mord im Pfarrhaus. In dem Pfarrhaus Schmentau in Westpreußen wurde eine Unverwandte des Pfarrers Freyer, Fräulein Ella Moritz, ermordet aufgefunden. Sämtliche Behälter im Pfarrhause waren erbrochen und ausgeraubt. Der Pfarrer weilt gegenwärtig mit seiner Gattin auf einer Erholungsreise im Harz. Als Täterin wurde das Dienstmädchen

verhaftet, die vor dem Untersuchungsrichter bereits die Tat eingestanden hat. — Eine zweite Missetat hat sich auf dem Ostbahnhof in Königsberg ereignet. Dort wurden zwei junge Leute unter dem Verdacht des Schleichhandels von einem Polizeiwachmeister verhaftet. Auf der Polizeiwache zog einer der Verhafteten einen Revolver und erschöpfte den Polizeiwachmeister. Darauf ergrieffen die beiden Schleichhändler die Flucht, wobei sie mehrere Schüsse auf ihre Verfolger abgaben. Einer der Mörder wurde durch einen Schuß verletzt. Beide konnten verhaftet werden.

Vor einem Generalkrieg in Berlin. Zu Donnerstag, den 2. Oktober, sind von Deutschen Metallarbeiterverband 30 Versammlungen anberaumt, zu denen die gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiter Groß-Berlins eingeladen worden sind. Die Regierung warnt in einem amtlichen Aufruf vor der Teilnahme an diesen Versammlungen. Die Teilnahme an diesen Versammlungen würde in dem geplanten Umsatze den Generalkrieg bedeuten. Die Kommunisten und die Unabhängigen sind an der Arbeit, um die Lohnbewegung der Metallarbeiter in das politische Fahrwasser zu steuern. Ein politischer Generalkrieg aber, der sogleich von der kommunistischen Partei zur Vorbereitung ihrer gewalttätigen Umsturz-bewegung ausgenutzt werden würde, brächte mit der Gefahr neuer Bürgerkriege und dem Stoen der Lebensmittelversorgung der Städte dem deutschen Wirtschaftsleben und damit der Gesamtbevölkerung tiefstehende Schädigungen und zöge unabsehbare Folgen nach sich. Inzwischen werden die Verhandlungen zur Beilegung des Streiks in der Metallindustrie unter Beteiligung des Oberbürgermeisters Schüde fortgesetzt. Obwohl ein Resultat noch nicht erzielt werden konnte, ist es jedoch schon bemerkenswert, festzustellen, daß die Arbeiterbewegung wie die Arbeiter sich bereit erklärt haben, die Verhandlungen am Donnerstag fortzusetzen.

Umsatzreichen Goldschäfers. Die Kuppeler Polizei auf die Spur gekommen. Auf dem Flugplatz Adlershof liegen noch immer viele Millionen Werte, bis aus dem Hohl der ohomallischen Münzameister.

Adlershof flammen. Unter anderem befanden sich dort große Mengen besten Oeles für Flugzeuge. Diese Waren sind vom Reichsberwertungsamt einer Berliner Gesellschaft kommissionsweise zum Verkauf übergeben worden, die Firma erhält einen Nutzen von 15 Prozent für den getätigten Verkauf. Dafür hat die Firma die Bewachung und Lagerung der Werte zu übernehmen. Ein Teil der unterschlagenen Delovorräte im Werte von 60 000 Mark wurde bei einem Adressänder Kaufmann entbeht, und es gelang den Nachforschungen der Polizei, Wächter des Flugzeugplatzes als Haupttäter zu verhaften. Während der Nacht wurden die Delfässer abgefahren, und die Wächter erhielten für ihre Mithilfeleistung jedesmal 500 Mark Schweigegehalt.

Ein großer Diebstahl wurde in einer der letzten Nächte auf dem Bahnhof Magdeburg-Rotenfe verübt. Ein unbekannter Mann in Soldatenuniform verstand es, den Wächter durch einen wichtigen Auftrag zu entfernen und verschwand während dessen Abwesenheit mit der etwa 200 000 Mark enthaltenen Stationskasse des Bahnhofes Magdeburg-Rotenfe. Weder der zurückkehrende Wächter noch sonst jemand merkten den Diebstahl, bis die künftigen Lohnzahlungen das Fehlen der Summe offenbarten. Von dem Täter fehlt jegliche Spur.

Ein bayerischer Bauernführer als Brillanten-schieber. Der Geschäftsausschuß des bayerischen Landtags hatte die Strafverfolgung des bauernbändlerischen Abgeordneten Gaudorfer wegen der bekannten Warenhehlereien von Brillanten und Stoffen nach der Schweiz genehmigt.

Kotales und Provinzielles.

Die Demokratische Bürger-Veren. Die Vereinigte Bürger und Bürgerinnen. Ueber den Beginn des Wahlkampfes berichten wir an anderer Stelle und schon plausen zwei Parteien auch in der Öffentlichkeit aufeinander. Auf den Bericht der Demokratischen Partei in Nr. 116 der „Bierstädter Zeitung“ folgt eine Entgegnung der „Bürger und Bürgerinnen“. Wir lassen den Wortlaut folgen: Die Vereinigten Bürger und Bürgerinnen sehen sich leider gezwungen auf die in Nr. 116 der „Bierstädter Zeitung“ veröffentlichten Bericht des Demokratischen Bürger-Vereins über unsere Vereinigung in Umlauf gesetzten unwahren und voller Lüge prozessierenden Kombinationen zu erwidern. In unseren Auftritten in Nr. 115 und 116 der „Bierstädter Zeitung“ erklärten wir es als zu unserem Programm gehörig, keine Gefälligkeiten hervorzuheben und werden wir diesem Voratz auch treu bleiben. Wenn sind wir aber aber schon und darum geworden, wer pöbelt unsere Ideale des Allgemeinwohls an, wer versucht es in lägen-pastier Weise unsere Bestrebungen zu verkleinern? Wir hätten nie erwartet, daß sich der Berichtshatter des Demokratischen Bürger-Vereins so gemein zeigen und in scheinbar angeborene Fehler zurückfallen würde. Er findet es nicht unter seiner Würde (jedoch nicht im Einverständnis aller Mitglieder) eine Zeitungspolemik herauszubischnen. Zu bedauern ist, daß Herr Vogel zu seinen Angriffen, den Demokr. B. V. dem er lieber vorschreibt, vorschreibt. In unserer ersten Besprechung, welcher Herr Prof. Vogel beizuwohnt, sprach er nur von versöhnlichen Geist, erkannte unser Programm als das Realiste für die kommenden Wahlen an und jetzt dreht er in seinem Verein, die am Tage vorher gesprochenen Worte direkt herum. Es wurde an diesem Abend ausdrücklich erklärt, daß weder Zentrum noch Links- und Grundbes. Verein mit unserer Vereinigung im Zusammenhang steht vielmehr unser Verein sich aus Zugehörigen aller Parteien, die aber jetzt das Parteieninteresse hinteranstellen, entstanden sei. Also was Herr Vogel in seinem Verein über die Zusammensetzung unsrer Vereinigung erklärte in bewusster Lüge und die Einwohner werden es bei der am 26. d. M. stattfindenden Wahlen vor zu tun wissen, ob sie ihre Stimme einem mit Unwahrheiten um sich werfenden Parteienanführer oder dem mit der Allgemeinheit ehrlich meinenten Kandidaten geben. Im Uebrigen ist für uns die durch den Vorsitzenden des Dem. B. V. herausgeschworene Polemik in der Öffentlichkeit hiermit erledigt und laden wir jetzt schon die Wähler und Wählerinnen zur der am Samstag 8 Uhr im Wären (Siehe Inserat in heut. Nummer) stattfindenden öffentlichen Wählerversammlung ganz ergebenst ein.

Die Gemeindevahlen. Der Kampf geht los und der Aufmarsch der Kandidaten in den einzelnen Parteien hat (wenigstens liegt uns die Liste von einer Partei vor) begonnen. Namen sind darunter, die im Wandel der Zeiten schon alles gewesen sind und nun nach hier in der Gemeindevahlen glänzen möchte und die auch nicht zu den kleinsten Hoffnungen berechtigen. Mit wenigen Ausnahmen sind es noch unbeschriebene Blätter, die erst zeigen sollten was sie können. Wir wollen aber deswegen nicht verzagen sondern ausrufen:

Sammelt Euch, Ihr die Ihr berufen seid!
Eure Stunde, ist jetzt gekommen!
Schließt Euch zur Wohlfahrt zusammen!
Auf jeden Einzelnen kommt es an!
Salz und Sauerteig sollt Ihr sein!

Um des Volkes, um der Gemeindevahlen müßt Ihr jetzt als Taimenschen auf den Markt treten und sehen zu ver-bissern, Neues aus den Ruinen blähen lassen. Wird Euch das gelingen? Die Zukunft wird es lehren. Bis zur Stunde steht es noch böse, recht böse mit der Einigkeit in den einzelnen Parteien aus. Selbst im sozialen Lager scheint sich eine Spaltung zu vollziehen. Wirklich enig scheinen nur die Landwirte zu sein, die ruhig und zielbe-wußt ihres Weges gehen. Dasselbe wird uns von der Partei vereinigter Bürger und Bürgerinnen gemeldet. Vielleicht stehen uns noch große Ueberraschungen bevor. Das Rad ist im Rollen, welches das Ziel ist, wird die Erfahrung lehren.

3 1/2 Milliarden Reichszuschuß für Lebensmittel. Im Laufe dieses Monats werden Verbesserungen unserer Ernährung eintreten, zugleich aber auch infolge

der geringeren Ausmahlung des Getreides eine Erhöhung des Brotpreises. Jedoch wird diese Erhöhung nicht voll die Kosten decken, sondern es bleibt eine Differenz übrig. Diese, sowie überhaupt die Mehrkosten des Lebensmittelbedarfes für das Halbjahr Oktober 1919 bis April 1920 werden auf ungefähr 3 1/2 Milliarden Mark geschätzt. Wie mitgeteilt wird, werden diese gesamten Ausgaben ausschließlich vom Reiche übernommen, um Auseinandersetzungen zwischen den Ländern und den Gemeinden und dem Reiche zu vermeiden. Eine entsprechende Ergänzung des Reichshaushalts-Voranschlages wird der Nationalversammlung in Kürze zugehen. — Die Regierung fest damit die Lebensmittelpolitik fort, auf Grund deren Preisen bereits 1 1/2 Milliarden aus Staatsgeldern zur Verbilligung der rationierten Lebensmittel ausbekehrt hat.

Notopfer oder Vermögenssteuer? Der Ausschuß der Nationalversammlung für das Reichsnotopfer beschloß sich mit dem Vorschlag des Abg. Heinrich (Dem.), an Stelle der einmaligen Vermögensabgabe eine jährliche Vermögenssteuer einzuführen. Ein Vertreter der Mehrheitssozialisten machte zwar einige Momente geltend, die für den demokratischen Vorschlag sprächen, u. a., daß ein etwaiger Zugriff der Ex-tente dabei nicht so bedenklich sei, andererseits sei es unter den heutigen Zeitverhältnissen eine sittliche Forderung, durch das Reichsnotopfer für den Augenblick den Besitz stärker heranzuziehen. Ein Vertreter der Deutschen Volkspartei machte Bedenken geltend sowohl gegen die Vermögenssteuer als auch gegen die Vermögensabgabe. Die Frage einer Ver-bindung von Zwangsanleihe und Vermögenssteuer zu erörtern. Der Finanzminister meinte, die breiten Volksmassen würden es nicht verstehen, wenn man nicht eine Vorwegbelastung des Besitzes vor der Einführung indirekter Steuern vornehme. Das Reichs-notopfer steuere keineswegs die Betriebsmittel weg, sondern lege den Betrieben auf Grund ihres Wertes nur eine Last auf, die in einem Zeitraum von dreißig Jahren abgetragen werden könne. Ein zweites Mitglied der Mehrheitssozialisten erklärte im Auftrage seiner Freunde, daß der erste Redner seiner Partei sich nur privatim geäußert habe. Der überwiegende Teil der Partei stehe auf dem Boden des Reichsnotopfers. Ein Zentrumredner betonte im Namen seiner Partei die unbedingte Notwendigkeit der baldigen Durchführung einer einmaligen Vermögensabgabe auf der Grundlage des Realisationsentwurfs.

Einheitspreis für alle Streichhölzer. Durch das Inkrafttreten des neuen Rindwarensteuergesetzes ab 1. Oktober 1919 ist eine neue Höchstpreisfestsetzung nötig geworden. Das Reichswirtschaftsministerium hat einen Höchstpreis von 1,30 Mark für zehn Schachteln sowohl für Inlands-, als auch für Auslands-zündhölzer festgesetzt. Die Gründe hierfür sind, daß die deutsche Erzeugung zurzeit nur in der Lage ist, zwei Drittel des Bedarfs zu decken und daß ein Drittel durch die Einfuhr gedeckt werden muß. Da die eingeführten schwedischen Zündhölzer durch den schlechten Stand der Markvaluta das Doppelte der deutschen Zündhölzer kosten, hat das Reichswirtschaftsministerium es für zweckmäßig gehalten, einen mittleren Preis festzusetzen, und die deutschen Fabrikanten müssen einen sehr erheblichen Teil der vor-einnahmten Preise an einen Ausgleichszug abführen aus welchem die Mehrkosten für die schwedischen Zündhölzer gedeckt werden. Die verbrauchende Bevölkerung wird darauf aufmerksam gemacht, daß Inlands- und Auslandszündhölzer zum gleichen Preise verkauft werden müssen.

Gerichtssaal.

Aburteilung der Offenbacher Kommunisten. Das Schwurgericht in Darmstadt fällt in dem Prozeß gegen die Anführer des Kommunistenputsches in Offenbach am Main am Karfreitag, bei dem 20 Personen getötet und viele verwundet wurden, das Urteil. Es lautet gegen den Arbeiter Wilhelm Eisenreich aus Jwikau auf acht Jahre Gefängnis und zehn Jahre Ehrverlust, gegen den Tagelöhner Adam Bauch aus Urag auf sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust, gegen die Ehefrau Braun aus Riesa auf ein Jahr Gefängnis, gegen Karl Vordach aus Riesa auf zwei Jahre Gefängnis.

Volkswirtschaftliches.

Einkäufe der französischen Industrie in Deutschland. Der Amsterdamer „Telegraf“ bringt unter der Überschrift „Wirtschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland“ ein Telegramm, worin es heißt, daß das französische Ministerium für den Wiederaufbau der Industrie an die französischen Industriellen ein Schreiben gerichtet hatte, in dem sie aufgefordert werden, von nun an die Einkäufe in England und den Vereinigten Staaten aufs äußerste zu beschränken mit Rücksicht auf den Wechselkurs. Trotz der natürlichen Hemmnisse sollte sich die französische Industrie nicht länger zurückhalten, die nötigen Maschinen und Werkzeuge, die sie zu ganz außerordentlich guten Preisen und langen Lieferfristen erhalten kann, in Deutschland zu kaufen.

Berlin, 3. Oktober. (Börse.) Die nunmehr erfolgte Ratifizierung des Friedensvertrages durch die französische Kammer und der Schluß der Salutadebatte in der Nationalversammlung blieben von geringem Einfluß auf die Haltung der Börse. Kriegsanleihen zogen leicht an auf 77,12.

Berlin, 3. Oktober. (Warenmarkt.) Seradella 58 2bis 60, Lupinen 28-31, Infarnattlee 200-220, Saat-raap Saaträben 52,50-55, Saatweizen 33,40-34,20, Saatrögen, Saatgerste 30,75-31,50, Hafer loco 62-65, sofort abzuladen 61-63, Wilden 55-60, Weizen 85-90, Vitrone 205-225, kleine Erbsen 155-195, Fliegerstroh 6 bis 7, Preßstroh 25-7, Maschinenstroh 60-65, 65, 65, 65, 11,50-12,50, Heuballen 17,50-20, Weizenheu 15-17, Kleehheu 21-28, Zuckerrüben 61, Torfmelasse 53, Melassefutur 28, Mischfutur 33.

Kath. Kirchengemeinde. Freitag Abend 8 Uhr: Rosenkranzandacht.

Bekanntmachungen.

Lebensmittel-Verteilung.

a) Verteilungsware:

1/10 Liter Öl zum Preise von 105 Pfg. auf Folge 1 der neuen Fettkarte.
150 Gramm Weizenmehl zum Preise von zusammen
200 " Haferflocken u. 85 Pfg. auf Folge 3 der
250 " Graupen Lebensmittelliste.

b) Verteilungszeit:

Die Verteilung des Weizenmehls, Haferflocken und Graupen erfolgt in sämtlichen Kundengeschäften am Freitag und Samstag dieser Woche in der Reihenfolge wie bisher. Das Öl gelangt nur in den Geschäften von Wwg. Stern Langgasse und A. Reisenberger Ww., Rathausstraße zur Ausgabe und zwar für die Inhaber der Brotsorten Nr. 1 bis 800 am Samstag vormittag
" 801 " höchste Nr. " nachmittag

c) Mitteilungen:

Die Versorgung der Zugänge erfolgt für diese Verteilung im Geschäft Nr. 16 (Jnh. B. Stadtmüller, Wilhelmstr.) jedoch nur für solche Kartenfolgen der Lebensmittellisten in denen ausdrücklich "Zugang" vermerkt ist und die gleiche Anzahl Fettarten. Die übrigen Karten gelten nur in den Geschäften, deren Nummer die Karte in der linken oberen Ecke trägt.

Die Kranken-Nahrungsmittel werden von jetzt ab im Geschäft Nr. 16 (Jnh. B. Stadtmüller Ww., Wilhelmstr.) am Freitag und Samstag jeder Woche verteilt. — Der angesehene Zeitpunkt der Verteilung ist genau einzuhalten. Verkäufer, welche Kunden außerhalb der Reihenfolge bedienen, wird der Verkauf auf mindestens 4 Wochen entzogen. Versorgungsberechtigte können vom Bezug der Waren ausgeschlossen werden. Läden, Einwickelpapier oder Teller sind mitzubringen, besonders auch Wechselgeld. In den Fleischereien sind alle Brotsorten vorzulegen. — Selbstverpacker von Fleisch (Hausfleischungen), Haferflocken (Mahlartenbesitzer) und Fett (Landwirte, Milchhändler und Ziegenhalter) sind vom Bezug von Fleisch, Lebensmitteln und Fett ausgeschlossen und haben so weit dies nicht geschehen ist, die entsprechenden Karten sofort zurückzugeben. Unberechtigte Benutzung wird strafrechtlich verfolgt.

Bierstadt, den 29. September 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.

An das sachkundige Pol- und Grassteigfeld wird hiermit erinnert, da in den nächsten Tagen mit der Zwangsbeurteilung begonnen wird.

Die Gemeindefälle.

Von dem Centralviehhandelsverband geleitet in der Stellung des Julius Levy hier, untergeordneten Rinde sowie unter dem Viehbestande des Landwirts Karl Ludwig Bierbrauer hier, Kloppeheimerstraße 11 die Maul- und Klauenseuche festgestellt worden. Die Geflügelspeise ist an-geordnet.

Die Angehörigen von Kriegsgefangenen haben dem Truppenrat, von welcher sie Unterstützung beziehen, die Rückkehr der Kriegsgefangenen sofort anzumelden.
Bierstadt, den 8. Oktober 1919.
Der Bürgermeister: Hofmann.

Sozialdemokratische Partei

— Filiale Bierstadt. —

Samstag, den 11. Oktober, abends 8½ Uhr, im Lokal „Gambirius“ (Bef. Menges)

Versammlung der Partei und Gewerkschaftsmitglieder.

Tagesordnung:

1. Die Sozialdemokratie in der Gemeindeverwaltung. Referent Gen. Liefer, Wiesbaden.
2. Bericht der Gemeinde-Vertreter über ihre Tätigkeit. Ref. Gen. Liebig und Schäfer.
3. Auffstellung der Kandidaten.

Zu dieser außerordentlich wichtigen Versammlung laden wir alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder mit ihren Frauen ein.

Der Vorstand.

A. SOLEIL

PARIS, 75-77 Rue d'Aboukir

Stoffe (Tuch und Wolle)
fertige Damen-Konfektion

en gros

— Reichhaltiges Vorrats- und Musterlager —

MAINZ

4 Pfandhausstrasse 4.

Erklärung.

In Nr. 116 der Bierstädter Zeitung erschien ein Artikel betitelt „Demokratischer Bürger-Verein“, in welchem gesagt wird, der Haus- und Grundbesitzer-Verein Bierstadt sei der Mitbegründer der Wahlvereinigung der Bürger und Bürgerinnen Bierstadts. Diese Behauptung, welche nur von einem Manne wie Prof. Vogel herrühren kann, erklären wir, als eine gemeine Lüge. Weiter erklären wir, daß wir bis jetzt jeder Wahlbeteiligung fern standen, da wir aber nunmehr wissen wo unsere Gegner stecken, bitten wir unsere Mitglieder, bei der Wahl die Liste wo ein Herr wie Vogel als Kandidat glänzt, beiseite zu legen denn ein solcher Herr, dessen Charakterstärke wohl jedem bekannt ist, ist eine Stimme unseres Vereins nicht wert.

Haus- und Grundbesitzer Verein.

Bereinigte Bürger und Bürgerinnen.

Einladung

zu der am Samstag, den 11. Oktober 1919, abends 8 Uhr im Saale des Gasthauses „Zum Bären“ stattfindenden

Öffentlichen Wähler-Versammlung.

Um den Einwohner von Bierstadt ein klares Bild über das uns gesteckte Ziel, Förderung des Allgemeinwohls, Wahl von Gemeinde-Vertretern, welche bei der auf sie entfallenden Wahl keine Sonderinteressen vertreten, ohne Ansehen ihrer politischen Anschauung für das Allgemeinwohl wirken, geben zu können, halten wir am Samstag, den 11. d. Mts. unsere

1. öffentliche Wähler-Versammlung

ab, wozu alle Wahlberechtigten Personen hierdurch höflichst eingeladen werden.
Der Vorstand. J. A. Christian Ludwig Schmidt.

Seife für Toilette und Haushalt
Wasch- und Putzartikel
Bürstenwaren
Seifenspezialgeschäft
Fritz Meyer
(früher Seifenfabrik H.W. Damm)
Nerosir 15
Beste Bezugsquelle für Privat-Häuser,
Pensionen, Hotels und Waschanstalten.
Telefon 211

Demokratische Bürgerverein

der keine Partei ist, alle politischen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des stets ablehnenden Zentrums umfaßt,

lädt seine Mitglieder für Samstag, den 11. Oktober, Abends 8 Uhr in das „Tannus-Restaurant“ zu einer

Versammlung

in der endgültig über die Kandidaten abgestimmt wird und zwar durch Abgabe der einem jedem Wähler und einer jeden Wählerin zugegangenen Liste.

Der neue Verein, dessen Vorsitzender, ein Mitglied des demokratischen Bürgervereins sich nicht entblödet hat, der alten Organisation in den Rücken zu fallen, hat unser Anerbieten zur Zusammenarbeit rundweg abgelehnt, und damit den Wahlkampf angefangen. Es sei! Euch Bürgern und Bürgerinnen, bleibt es überlassen, ob Ihr einem solchen Verräter nebst Genossen folgen wollt.

Prof. Vogel.

Schulranzen : Schulranzen

Grösste Auswahl Billigste Preise

offert als Spezialität

A. LETSCHERT

Wiesbaden, Faulbrunnstr. 10.

Reparaturen

Prima Wagenfett

per Kilo 2.40 Mk.

empfiehlt

Drogerie

Arthur Lehmann

Bierstadt, Wiesbadener-
straße 4, Ecke Adlerstraße

Heilkundige

Untersuchung nur durch
die Augen Behandlung
aller Krankheiten durch
Homöopathie. Bestellung f.
Krankenbesuche werden ent-
gegengenommen Bierstadt,
— Langgasse 18. —
Meine Sprechstunden finden
jetzt nur noch Vormittags
statt.

Tragendes Schwein
leichten Monat zu verkaufen
oder zu vertauschen auf
ein fettes Schwein. Bierstadt,
Wiesbadenerstraße Nr. 24.

Für sofort Stundenfran-
oder Mädchen gesucht.
Bierstadt,
Bierstädter Höhe 22, 1.

Kopf-Läuse

nebst Brut
beseitigt sofort
Sentalwasser
fl. 1. — und 1.85 Mk

Drogerie Lehmann,
Wiesbadenerstraße 4.
Kernprediger 3267.

Bugfrau

gesucht. Bierstadt. Höhe 55.
E. anderes fleißiges
Mädchen, welche alle
Hausarbeit versteht gesucht.
Frau Fuhr, Berst. Höhe,
Wartestraße 1.

Gartenarbeiter

15—20 Mann für dau-
ernde Winterarbeit ges.
Philipp Bierbrauer,
Bierstadt, Blumenstr. 14
Landchaftsgärtner.

Ein braves Mädchen
für Hausarbeit tags-
über gesucht. Näheres in
der Exped. dieser Zeitg.

Mädchen, Schlafzimmer
Speisezimmer und
Einzelmöbel stets billig.
Schreiner Klapper,
— Wiesbaden, —
Kriegerstraße 55,
Büro: vorrätig ab 600 Mk.

Schreib-
Maschinen
großes Lager. Antau.
H. Gänzig, Mainz,
Gindenburgstraße 19. Tel. 915.

Gegen Husten

haben Kofak-Tabletten größte Wirksamkeit
Schachtel 1.50 und 2.50.

Drogerie Arthur Lehmann

Wiesbadenerstraße 4

Telefon 3267.

Der billige Verkauf.

von Militär-Röcken Schuhen Stiefel, Damenkleider fin-
det nur noch einige Tage statt. Militär-Röcke und Blu-
sen 8 und 10 Mk, Schuhe und Schotten 12 und 15 Mk.
Neue Mägen, Friedensmägen 12 — 14 Mk. Jeder Käufer
erhält ein Gratis-Zulage. Verkaufszeit 2 bis 7 Uhr
Abend.

Bierstadt, Wiesbadenerstraße 8. (Laden).

Trauringe

— fugenlos —
moderne Kugelform,
in 8, 14 und 18 Krt.
Eigene Anfertigung.
Billigste Preise.

C. Struck Gold-
schmied
Wiesbd., Michelsh. 15.

Trauerhüte Trauerschleier Trauerflore

grösste Auswahl billigste Preise

Modehaus Uilmann

Wiesbaden, Kirchgasse 21 Telefon 2972.

Landwirte.

Einige Waggon ffr. Hafer für Futterzwecke sowie einige
Waggon ausländische Kleie.

J. Schmitt Dampfmühle Mainz

Ecke Gärtnergasse und mittlere Bleiche 8/10
Telephonruf 266 und 768.